

Danziger Zeitung.

Nr. 12752.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelerbärgasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insätze kosten für die Zeitung 4, oder deren Raum 20 M. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. April. Nach der „Tribüne“ hat der Reichskanzler jetzt die Überzeugung gewonnen, daß die Eisenbahntarife für die Städte so hoch sind, darum sei ein Schreiben an den Minister Maybach wegen Abhilfe gerichtet worden. Eine Konferenz der Tarifdecreteren der preußischen Staatsbahnen habe bereits stattgefunden und dem Minister Maybach bezügliche Vorschläge unterbreitet. Die „Tribüne“ sieht darin eine Umkehr in der gesamten Eisenbahntarifpolitik.

Neue Abänderungen der Gewerbeordnung.

Als dem preußischen Abgeordnetenhaus in der Session von 1879/80 der Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung der Wandlerlager zu Gunsten der Gemeinden vorgelegt wurde, gab man sich der Hoffnung hin, daß die Heranziehung dieses Gewerbes zu den gewerblichen Abgaben die von den Gewerbetreibenden namentlich in den kleineren Städten und auf dem platten Lande vielbelagte Concurrenz der Wandlerlager unschädlich machen werde. Diese Hoffnung ist indessen getäuscht worden, und zwar wie eine offiziöse Auslassung behauptet, weil diejenigen, welche es auf eine Benachtheiligung ihrer Gläubiger oder eine Täuschung des Publikums ausgehen haben, die ihnen durch die Steuer auferlegte Abgabe nicht scheuen. Zuwiesern das im Allgemeinen zutreffend ist, läßt sich Mangels statistischer Angaben nicht beurtheilen. Nach einer kürzlich durch die Zeitungen gelauenen Notiz hat die Einnahme der Berliner Commune aus der betreffenden Steuer in einem Jahre Alles in Allen 20 Mill. betragen. Die hauptsächlich von den Gewerbetreibenden selbst und den Handwerkern betriebene Agitation gegen die angeblich illoyale Concurrenz, welche ihnen durch die Wandlerlager, Wandlerauctioneer u. s. w. bereitstellt wurde, hat den Reichstag veranlaßt, sich schon in der vorigen Session von Neuem mit der Revision der bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung zu beschäftigen. Seitens der Abgg. v. Seydewitz und Gen. war beantragt worden, die Waarenauctionen im Umherziehen gänzlich zu verbieten und den Inhabern von Legitimationscheinchen, welche außerhalb ihres Wohnortes und ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung Waaren in festen Verkaufsstellen feilhalten, die Verpflichtung zur Anmeldung dieses Gewerbebetriebes bei der Ortspolizeibehörde aufzu erlegen. In der Resolution des Reichstags vom 5. Mai 1880 wurde alsbann der Reichskanzler erachtet, bei der in Aussicht gestellten Revision des Titels III. der Gewerbeordnung über den Gewerbebetrieb im Umherziehen die Fragen über die Wandlerlager und die Auctionen von Waaren eines Wandleragers mit zur Erledigung zu bringen und dabei die

5 Böse Tage
nach einem halben Jahrhundert in Erinnerung gebracht.

IV.

Die Sanitätscommission erörtert in ihrem Berichte vom 3. Juli 1881 ausführlich, welche Folgen sich aus der angeordneten und nach Möglichkeit, wenigstens auf dem Papier, durchgeführten Sperre der Kranken und der infizierten Häuser und Stadttheile bis dahin ergeben haben. Man sieht aus dieser Erörterung recht deutlich, daß die Hauptendenz der Berichterstattung dahin ging, gerade diese Sperrmaßregeln, auf welche man in Berlin das Hauptgewicht gelegt hatte, und die man den dringendsten Vorstellungen des Oberpräsidenten gegenüber unerschütterlich festhielt, als nutzlos und Verberben über die ganze Bevölkerung bringend zu erweisen.

Es wird daher betont, daß die Möglichkeit, die Kranken zu heilen, darauf beruhe, daß „die Cholera-kranken bald ermittelt, behandelt und unter ärztliche Aufsicht gestellt werden.“ Man habe sich daher vor allen Dingen bemüht, „die Mittel bekannt zu machen, durch welche den Erkrankenden bis zur Ankunft des Arztes Linderung, auch wohl Hilfe geschafft werden kann.“ Die Folge davon ist aber gewesen, daß alle gemeine Leute sich nicht mehr krank melden, sondern ihre Krankheit aus Furcht vor der Sperre verheimlichen, sich in den leichteren Fällen ohne jede Anzeige wirklich helfen, in den schweren aber sterben.“

Der Beweis dafür ergab sich aus der hervorgehobenen Thatache, daß in der letzten Zeit, namentlich am 29. Juni unter 22 neuen Krankheitsfällen 14 gleichzeitig tödlich gemeldet wurden, am 30. Juni unter 26 Krankheitsfällen 12 Tode, am 1. Juli unter 18 Kranken 7 Tode, am 2. Juli unter 15 Kranken 11 Tode, wobei besonders merkwürdig, daß kein einziger Civilist am letzteren Tage zur Behandlung, sondern nur zur Beerdigung angezeigt worden ist.“ Daraus folgte denn ganz von selbst, daß die Behörde schon gar nicht mehr über den Gesundheitszustand der Stadt unterrichtet war, und daß, wie man sich noch etwasgart ausdrückt, „die ärztliche Aufsicht über den Gesundheitszustand der Einwohner nicht ganz nach Wunsch hatte eingerichtet werden können.“ Auch reichten die Ärzte lange nicht mehr aus, um eine solche Beaufsichtigung wirksam durchzuführen, denn „es gelang aller Anstrengung und den bedeutenden Opfern, die man zu bringen bereit war, ungeachtet doch nicht, bestimmte Ärzte zur Beaufsichtigung der verschiedenen Stadttheile ausschließlich zu erhalten.“ Es waren nach der Beurteilung der Commission viele Kranken gestorben, weil es in gegebener Frist nicht gelungen war, einen der vielbeschäftigten Ärzte aufzufinden.

Dazu kamen aber noch andere Umstände durch welche die Lage verschlimmert werden mußte. Man verabredete die von den Ärzten verschiedenen Heilmittel in den Apotheken, welche dazu angewiesen waren, „auf allgemeine Unfälle“. Man hatte also Alles gethan, was möglichweise dem Uebel steuern konnte. Doch leuchtet es ein, daß es bei den elenden Ein-

Anträge der Abgg. v. Seydewitz und Gen. zur Erwähnung zu empfehlen.

Wie aus der dem Reichstag mitgetheilten Übersicht der vom Bundesrat auf die Beschlüsse des Reichstags aus der vorigen Session gefassten Entschließungen hervorgeht, ist ein vorläufiger Gesetzentwurf betreffend die Revision des Titels III. der Gewerbeordnung ausgearbeitet; die Übersicht fügt die Bemerkung hinzu: „doch ist zur Zeit noch nicht zu übersehen, ob derselbe dem Reichstage noch in dieser Session vorgelegt werden können.“ In der Zwischenzeit scheint in den Absichten der Reichsregierung wieder eine Änderung eingetreten zu sein. Es handelt sich nicht, wie aus einem den Gegenstand erörternden Artikel der „Nordb. Allg. 3.“ hervorgeht, nur um eine Revision des Art. III. d. h. der Bestimmung über den Gewerbebetrieb im Umherziehen; die Revision — man weiß schon, was das unter dem heutigen System bedeutet — soll auch auf den Art. II. (stehendes Gewerbe) und Art. IV. (Marktverkehr) ausgedehnt werden. Einmal soll die Zahl und die Dauer der Jahrmarkte oder Messen beschränkt werden, und zwar, wie offen ausgesprochen wird, „im Interesse des Handwerks und des stehenden Gewerbebetriebes.“ Vor Allem aber soll der Wanderingverkehr, der zur Aufnahme von Bestellungen bei Privaten vielfach an die Stelle der Waarenlager getreten ist, auf Wieder verkäufer (Kaufleute) beschränkt werden, indem die ungehörliche Ausdehnung dieses Verkehrs auf Private das stehende Gewerbe in kleinen Orten und auf dem Lande in seinen Existenzbedingungen (!) vernichtet.“

Schon dieses Beispiel zeigt, daß der Feldzug gegen das Gewerbe im Umherziehen, d. h. gegen einen erheblichen Theil des durch das Gesetz vom 21. Januar 1869 freigegebenen Gewerbebetriebes, nur durch die Rückkehr zu der früheren Beschränkung, nicht aber durch Palliativmittel zu Ende geführt werden kann. Wenn man Auseinandersetzungen, wie diejenigen der „R. A. 3.“ liest, so kommt man unwillkürlich zu der Annahme, daß alle die Waaren, welche auf Waaren-Auctionen oder in Wandlerlagern feilgeboten werden, entweder aus Diebstählen herrühren oder von böswilligen Schuldern leichtfertig und zu Schleuderpreisen losgeschwungen werden, um die Gläubiger zu betrügen, und daß obendrein das Publikum, welches in diesen Lagern lauft, dem gefährlichen Schwindel anheimfällt. Daß der Wandlerbetrieb einem reellen Bedürfnisse und volkswirtschaftlich wohl berechtigten Interessen dient, namentlich in den dünnen bevölkerten, gewerblich weniger entwickelten Bezirken, daß derselbe eine heilsame Concurrenz für den ansässigen Kleinhandel und Handwerksbetrieb bildet, der durch denselben aus der behaglichen Ruhé aufgestört und zu richtigeren Geschäftsprinzipien gedrängt wird,

richtungen in den meisten Wohnungen der Erkrankenden nicht möglich wurde, die Kranken zweitmäig zu behandeln, und dies um so weniger, weil der Arzt die Krankheit der Polizei melden, und diese sofort die Sperre des Hauses veranlassen mußte, wodurch der Kranke von jeder Hilfe, die seine armelose Umgebung nicht gewähren konnte, abgeschnitten wurde. Die Abholung der Kranken zum Lazarethe wurde zwar gleichzeitig mit der Sperre veranlaßt. Da aber nach der Vorschrift die Kranken durchaus nicht mit Gesunden ohne deren Absperrung in Berührung kommen durften, so hatte dies den traurigen Erfolg, daß von der ersten Besichtigung des Arztes bis zur Abholung des Kranken zum Lazarethe durch die dazu ein für alle Male bestimmten Krankenträger ebenfalls eine kostbare Zeit verloren ging.“

Daraus entwickelten sich dann weiter die traurigen Consequenzen, welche die Masse des Volkes geradezu demoralisierten mußten. „Es kam häufig vor, daß Personen auf der Straße an der Cholera erkrankten. Kein Gesunder mochte sie berühren. Niemand sie in sein Haus aufnehmen, nicht aus Furcht vor Ansteckung — sondern aus Furcht vor der vorgeschriebenen Absperrung. Diese Unglücksfälle blieben liegen, bis die Behörden mit dem Arzte und den Cholera-kranken Trägern heranfanden. Ja, es sind einzelne Fälle zur Sprache gekommen, in welchen Erkrankte von den übrigen Haussbewohnern auf die Straße getrieben wurden, und hier nach einiger Zeit umfielen.“ Die Stadt geriet in der That in die Gefahr, alle moralische Ordnung und alle Bande der Natur sich auflösen zu sehen.

Bei der ungemeinen aber nicht unbegründeten Furcht vor der Sperre suchte man sich zu helfen. Anfänglich hatten manche Ärzte „aus ängstlicher Besorgniß“ schon leichtere Fälle für Cholera erklärt, und man mußte darum, wenn der Irthum zu Tage kam, schon angeordnete Sperren wieder aufheben. Die Sanitätscommission forderte demgemäß die Ärzte auf, „nur dann die Kranken zu melden, wenn die Cholera unweifhaft vorhanden sei.“ Aber man verlor durch dieses Auskunftsmitteil aus der Scylla in die Charybdis.

Denn jetzt werden alle leichteren Fälle, in welchen Besserung voraussehen ist, um die Sperre zu meiden, gar nicht angezeigt, und zwar um so weniger, da die meisten Ärzte überzeugt sind, die Krankheit sei nicht ansteckend. Somit war die Sperre an sich ein ganz nutzloses Mittel, um die Krankheit, wäre sie ansteckend gewesen, an der weiteren Verbreitung zu hindern, denn sie wurde nur dann als ansteckend behandelt, wenn der Tod in ziemlich sicherer Aussicht stand. Und doch konnte die Sanitätscommission nicht umhin, dies Verfahren der Ärzte für gerechtfertigt zu erklären, „denn“, so setzte sie hinzu, „es ist unglaublich, welches Elend durch die angeordneten, überdies unnötig erscheinenden Sperren herbeigeführt wird.“

Auf dieses Thema gehen die braven Männer, welche für ihre Mitbürger um Gnade zu bitten sich gedrungen fühlten, mit besonderer Bereitsamkeit näher

davon ist natürlich heute keine Rede mehr, wo es gilt den Boden für Zwangsinningen, von denen bekanntlich die Wiedergeburt des deutschen Handwerks und Gewerbestandes erwartet wird, vorzubereiten. Daß sich mit Zwangsinningen ein freier Gewerbebetrieb im Umherziehen, der wirkamste Gegner gegen alle „Monopole“, nicht verträgt, liegt auf der Hand. Die Gegenmittel, welche die „R. A. 3.“ vorschlägt, werden sich freilich, ebenso wie die früheren, als unwirksam erweisen, da gerade das Eingreifen der Gesetzgebung das Kleingewerbe und den Handwerker verhindert, die allerdings gefährliche Concurrenz mit den eigenen Waffen zu bekämpfen.

Deutschland.

Berlin, 21. April. Für die Auffassung, welche die französischen Bevölkerungen auf der Pariser Münzkonferenz befreit, ist es charakteristisch, daß Dr. Cernuschi mit großem Nachdruck den vom schweizerischen Bevölkerungen Dr. Kern gestellten Antrag bekämpft, der den Vertretern der einzelnen Regierungen das Recht einräumen sollte, vor dem Eintritt in die technische Beratung allgemeine Erklärungen über die Stellung der Regierungen abzugeben. Der französische Commissar schien sich der Hoffnung hinzugeben, daß es im Verlauf der Beratung gelingen werde, die Commissare umzustimmen, und daß dann die beim Beginn der Konferenz abgegebenen Erklärungen die Commissare hindern würden, den neu gewonnenen Überzeugungen Ausdruck zu geben. Das Eintreten des deutschen Commissars für den Antrag Kern hat indessen, wie gemeldet wird, die Bedenken des bimetallistischen Schwärmers entgegen den Antrag Kern angenommen. Ob deutscherseits die Denkschrift über die deutschen Münzverhältnisse der Konferenz bereits in der ersten Sitzung vorgelegt worden ist, wird bis jetzt nicht gemeldet. Die Denkschrift selbst, welche heute auch von der „R. A. 3.“ mitgetheilt wird, läßt darüber keinen Zweifel, daß die Reichsregierung für den Fall der vollen Durchführung der Münzreform an der vorjährigen Vorlage wegen Erhöhung der Silberausprägung von 10 auf 12 Mill. pro Kopf nach wie vor festhält. Der Gesetzentwurf scheint in dieser Session nur deshalb nicht wieder zur Vorlage gelangt zu sein, weil die Reichsregierung sich, wie aus dem Antrage des Reichskanzlers an den Bundesrat hervorgeht, schon auf Grund des jetzigen Gesetzes für besugt erachtet, die Ausprägung von Reichsübermünzen zu verstärken. Nach dem Inhalt der Denkschrift zu urtheilen, betrachtet auch die Reichsregierung den Satz von 12 Mill. pro Kopf der jetzigen Bevölkerung des Reichs selbst in dem Falle als hinreichend, daß die Einführung der noch im Umlauf befindlichen Silberhalter erfolgt. Man erinnert sich, daß vor einigen Jahren (1876) ein allerdings nicht offiziell gestellter Antrag Preußens an die Bundesratsausschüsse gelangte, der eine Erhöhung des Satzes von 10 Mill. auf 15 Mill. in Aussicht nahm.

Derselbe wurde aber mit Rücksicht auf die in den Ausschüssen hervorgetretenen Bedenken wieder zurückgezogen, ohne daß der Bundesrat in die Lage gekommen wäre, sich offiziell mit demselben zu beschäftigen. Dieser Vorschlag scheint inzwischen aufgegeben worden zu sein. Die Verbindung mit der Außenwährung der Silberhalter würde er aber nach dem Ergebnis der vorjährigen Beratung im Reichstag und dem bekannten Compromißbeschuß des letzten deutschen Handelstags selbst von den Anhängern der reinen Goldwährung nicht ernstlich bekämpft werden. Die Befürchtung, daß diese Vermehrung der Scheidemünzen den Übergang zur Doppelwährung vorbereiten sollte, wird in Sachverständigenkreisen schwerlich gehegt. Selbstverständlich würde die Ausprägung von Reichsübermünzen im Betrage von 115 Mill. Mt. oder unter Berücksichtigung des Antrags des Reichskanzlers an den Bundesrat von 100 Mill. Mt. nicht auf einmal, sondern allmählich unter Berücksichtigung der Bedürfnisfrage zu erfolgen haben.

L. Berlin, 21. April. Mit dem vorsichtigen Zusatz, daß eine eigentliche Beratung noch nicht stattgefunden habe, meldet die „Kreuzzeitung“ in diesen Tagen, es sei die Absicht der Regierung, die Neuwahlen zum Reichstage im Spätherbst stattzufinden zu lassen. Die Meldung scheint uns mehr den Wünschen gewisser Parteien als der Sachlage zu entsprechen. Nach Artikel 25 der Reichsverfassung müssen im Falle der Auflösung des Reichstags innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach derselben die Wähler und innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen nach der Auflösung der Reichstag versammelt werden. Verfassungsmäßig ist also Fürsorge getroffen, daß „im Falle der Auflösung des Reichstags“ die Nation höchstens für einen Zeitraum von 3 Monaten der gesetzlichen Vertretung entbehre. Für den Fall aber, daß ein Reichstag einmal eines natürlichen Todes sterben sollte, enthält die Reichsverfassung keine ausdrückliche Bestimmung bezüglich des Termins, binnen welcher die Wahl des neuen Reichstags und der Zusammentritt desselben stattzufinden hat. Man muß also annehmen, daß die Bestimmung des Art. 25 der Verfassung analog auch in diesem Falle Anwendung finden müsse; mit anderen Worten, daß der neue Reichstag binnen 3 Monaten nach Ablauf des Mandats (im vorliegenden Falle also bis zum 30. Oktober) gewählt und berufen werden müsse. Wir davon abgesehen, so bleibt es dem Belieben des Reichskanzlers überlassen, die reichstagliche Zeit bis Anfang 1882 dauernd und die Wahlen zum Reichstag erst Anfang Februar vornehmen zu lassen, also unmittelbar vor dem Beginn der neuen Session. Finden dagegen die Neuwahlen im September oder Oktober d. J., wie verabsichtigt sein soll, statt, so erscheint es undenkbar, daß der Zusammentritt des neu gewählten Reichstags bis zum Februar nächsten Jahres hinausgeschoben wird. Vielleicht ist das eine der Erwägungen, welche den Reichskanzler bestimmen werden, trotz der angeblichen Beschränkung der Rechte der Krone der Berufung des Reichstags „im Oktober“ zu stimmen.

* In unsere vorgebrachte Notiz über den jetzt zum Contreadmiral ernannten bisherigen Capitán zur See

jetzt einigen Verdienst. Die Privatlehrer, denen der Unterricht hat unterfragt werden müssen, fürchten zu verlieren. Wenn nicht die Zahl der zu Wächtern, Krautenträtern, Krautenträgern, Todtenträgern, Gaffendienern, Reinigungsknechten und Aufsehern aller Art gebrauchten Personen so sehr beträchtlich wäre, wenn nicht außerordentliche Arbeiten an der alten Radaune begonnen hätten, so würden wir noch mehr mit der Notth des gemeinen Mannes zu kämpfen haben, wie wir wirklich schon 37 Schauspieler und 170 Handwerksburschen auf öffentliche Kosten verpflichten müssen. Diese Notth wird sich noch vergrößern, denn die für und nachtheiligen Maßregeln sind ja eben erst eingeleitet.“

Zugleich vertheuern sich die Lebensmittel, theils weil die mit eingeschlossene Umgegend durch fahrene irrtümliche Anordnungen in den gewöhnlichen Zufuhren gehemmt worden ist, sich auch wohl der getroffenen Anstalten wegen vor der möglichen Anstellung hier fürchten mag, theils auch weil die außerhalb des Tordons belegene Gegend aus Mangel an castellartigen Einrichtungen nichts hierher zu bringen vermag, sowie umgekehrt aus Danzig wegen mangelhafter oder ganz fehlender Einrichtung von Contumazanstalten für Waaren nichts verhandelt werden kann, auch Personen nur in geringer Zahl fortkommen.“

So weit war man also schon nach den ersten vier Wochen gelangt. Und es erhoffte sich keine Aussicht auf eine Besserung der Lage, da selbst die bringendsten Vorstellungen der Provinzialbehörden in Berlin völlig unbeachtet blieben. Wir werden weiter sehen, wie Ereignisse notwendig waren, um diese alteingesetzte, heute noch wirksame und sichtbare Nichtachtung und Nichtbeachtung der Provinz, von der die Monarchie den Namen führt, und welche die Grenzwacht gegen Osten zu bilden hat, zu brechen. Wir werden auch sehen, wie eine schwer gemischbare Bevölkerung sich schließlich selbst zu helfen verstand. Den drei Ehrenmännern, welche hier die Vernunft gegen Unsun, das gute Recht ihrer Mitbürger auf eine erträgliche Existenz gegen horizontale Willkür manhaft vertreten hatten, soll man im Andenken die gebührende Ehre erweisen, und man mag wünschen, daß sie im gegebenen Falle zu verpflichten waren.“

„Zugleich ordneten wir die Verpflegung der Abgesperrten so an, daß sie eine gesunde kräftige Nahrung bekommen, wie sie Biele von ihnen freilich nicht werden gehabt haben, wie sie aber zur Erhaltung der Gesundheit der Abgesperrten und zur Erhaltung der Ruhe unumgänglich nötig war, da schon trotz dieser Maßregel zuweilen die Wächter vor den Wohnungen nicht im Stande waren, die Abgesperrten verschlossen zu halten. Auch trafen wir die Einrichtung, daß häufig in den verschlossenen Häusern die gegen die Cholera vorgebrachten Räucherungen bewirkt wurden.“

„Welcher Aufwand von Kräften und Geldmitteln dazu gehört, diese Maßregeln durchzusetzen, wird sich am besten daraus beurtheilen lassen, daß wir jetzt, nachdem schon die Desinfektion vieler Wohnungen stattgefunden hat, doch noch 285 gesperrte Wohnungen und darin 1076 Personen, nämlich 576 Erwachsene und 500 Kinder unter 14 Jahren auf öffentliche Kosten zu verpflegen haben.“

„Es ist offenbar, daß bei größerer Verbreitung der Krankheit es den übrigen gefunden Menschen nicht mehr möglich sein kann, die Abgesperrten zu bewahren, geschweige denn sie mit ihren Bedürfnissen zu versorgen.“

„Zugleich vertheuern sich die Lebensmittel, theils

Graf Monts hat sich ein Juhtum eingeschlichen. Nicht Graf v. Monts soll das Commando über das ostasiatische Geschwader übernehmen, sondern der frühere Chef des Stabes, Capitän zur See v. Blanc, hat als Führer der Corvette "Stosch" dieses Commando erhalten mit der Berechtigung, den Commodore-Stander im Großen Sees Schiff zu führen, während der Contreadmiral Graf v. Monts zweiter Admiral der Marine-Station der Nordsee in Wilhelmshaven ist.

* Die in Trier erscheinende ultramontane "Landeszeitung" ist in der Lage mitzutheilen, daß das vom 6. April datirte Schreiben des Oberpräsidenten an das Domkapitel in Trier keine andere Mittheilung enthielt, als die im Auftrage des königlichen Staatsministeriums gegebene Benachrichtigung, daß die königl. Staatsregierung sich nicht in der Lage befindet, den Herrn Dr. de Lorenzi als Capitularvicar für die Diözese Trier zuzulassen. Es ist weder auf ein Maigesetz noch auf das Juligesetz Bezug genommen und weder von Eid noch von Verweigerung der Dispense gesprochen. Ein Versuch der Verständigung oder der Erforschung der Gesinnungen des Gewählten ist nicht gemacht worden; Gründe sind nicht angegeben.

* Aus nachstehender Zusammenstellung ist zu entnehmen, wie kolossal die Auswanderung aller über Hamburg im laufenden Jahre zugenommen hat: Befördert wurden im März d. J. direct mit 7 Auswanderer-Schiffen 7943 Personen, indirect mit 64 Auswanderer-Schiffen 8094 Personen, ferner direct mit 12 anderen Schiffen 135 Personen. Vom 1. Januar bis Ende März wurden im Ganzen befördert:

Personen	Personen
Im Jahre 1881 24 635	Im Jahre 1875 5021
" 1880 7933	" 1874 4621
" 1879 3087	" 1873 925
" 1878 4310	" 1872 9290
" 1877 2685	" 1871 3688
" 1876 3445	

Schweiz.

Bern, 17. April. Der Protest, welchen Pedrazzini, das ultramontane Tessiner Mitglied des Nationalrats, in der betreffenden nationalräthlichen Commission gegen die vom Bundesrat beantragte neue Wahlkreis-Eintheilung des Kantons Tessin in der Form der Androhung der Losreisezung von der Eidgenossenschaft erhoben, hat bereits unter der dortigen Bevölkerung einen Wiederhall gefunden. Wie man dem "Vaterland" telegraphisch meldet, ist gestern in Locarno eine zahlreich besuchte Volksversammlung abgehalten worden, in welcher sich eine allgemeine Erbitterung über den bundesräthlichen Antrag ausprägt, der Haltung des Nationalräths Pedrazzini vollständig beigeschworen und eine Petition an die Bundesversammlung um Beibehaltung der seitherigen Wahlkreis-Eintheilung (zwei, statt der vom Bundesrat beantragten drei) beschlossen wurde. Wie groß die Aufregung im Canton Tessin augenblicklich ist, beweist unter anderem auch, daß die "Libertà", das Organ der ultramontanen Regierung, förmlich einen Kreuzzug gegen die liberale Schweiz zu predigen wagt und alle schweizerisch conservativen-katholischen Elemente zur Sammlung ruft, da es Zeit sei, die Reiten zu sprengen. Jedenfalls werde man die Fahne nicht streichen; in Tessin habe man kein Bier in den Adern, sondern lateinisches Blut. — Bundespräsident Droz ist auf seinen Posten nach Bern zurückgekehrt. Man vermutet, daß jetzt bald eine Kundgebung in Sachen der russischen Flüchtlinge seitens des Bundesrats erfolgen wird.

England.

London, 20. April. Der "Times" gibt das bevorstehende Braunschweiger Jubiläum Anlaß zu nachstehenden Bemerkungen über die Erbfolgefrage: Das Braunschweiger Volk dürfte keineswegs so geneigt

sein, die theoretischen Ansprüche des natürlichen Nachfolgers seines bejahrten Herrschers anzuerkennen und die männlichfältigen Nachteile eines längeren Interregnum gebüdig zu ertragen. Fortschrittliche und sozialistische Einflüsse sind innerhalb des Herzogthums thätig. Die Unbestimmtheit des ins Auge gefassten Planes ist schlecht danach angehen, denselben die Spize zu bieten. Dynastische Vorurtheile in Berlin sind allen weiteren Eingriffen in das Braunschweiger Familienerbrecht abgeneigt, allein diese Vorurtheile verlören ihre Bedeutung, wenn es sich um Ansprüche handelt, welche dem Urteil der deutschen Einheit gefährlich zu werden drohen. Der mutmäßliche Thronerbe wäre über berathen, wenn er meint, es stehe ihm frei, die Nachfolge zu beliebiger Zeit anzutreten oder zu verweigern. Die klügste Wahl würde er treffen, falls es dem zweifelhaften Glanz seculärer Souveränität ohne Rückhalt und Gedauern entsagte. Allein Kronprinzen sind nicht immer bis zu diesem Grade Philosophen. Kann der Herzog von Cumberland nicht vergessen, daß er für einen Thron geboren ist, so bleibt ihm keine andere Wahl, als die ihm gebotene Gelegenheit zu ergriffen; sämtliche deutschen Souveräne, einschließlich des Kaisers, würden diesen Entschluß bewillkommen. Die Habsburger würden dadurch von dem peinlichen Gedanken befreit, einen Freund in's Unglück gelockt zu haben. Falls die Freude über den Vergleich irgendwo geringer sein dürfte, so wird dies im deutschen Reichstaglamerat sein. Herzog Wilhelm's Vetter und Erbe kann dem Fürsten Bismarck keinen größeren Gefallen thun, als trostig auf einem Titel zu beharren, welcher nie eine Thatssache werden kann und die Hälften zurückzuwerfen, weil ihm das Game verweigert wird.

Italien.

* Der römische Correspondent des Pariser "Figaro" teilt mit, daß in letzter Zeit mehrfache Drohbriebe an die Carabinieri der Umgebung des Papstes gelangt seien, worin Sprengattentate nach Art der Petersburger Frevel angelündigt wurden. Leo XIII. habe für seine Person zwar keine Notiz von diesen anonymen Quellen nehmen wollen, schließlich aber doch genaue Nachforschungen im Vatican und dessen Nachbarstadt angeordnet, um nicht die Möglichkeit einer Katastrophe bestehen zu lassen, wodurch viele Menschenleben und Meisterwerke der Kunst gefährdet würden. Diese Nachforschungen seien von den zuverlässigsten Persönlichkeiten geleitet worden, hätten aber nichts Beunruhigendes zu Tage gefördert.

Auskland.

Petersburg, 18. April. Vorgestern ist hinter dem Dorfe Katharinenhof, im Hafen des neuen, im Bau begriffenen Seecanals die ganze Quantität des in der Mine in der kleinen Stanowaja vorgefundene schwarzen Dynamits, und eben so das in der Teleshnaja bei der Arrestirung der Jeze Helfmann mit Beschlag belegte Sprenggelatine vernichtet worden. Die Gesamtquantität beider Explosionsstoffe betrug 2 Bud 5 Pfund. Die Explosionsstoffe waren an vier Stellen unter ein im Krimkriege von 1855—1856 in den Grund gehobtes Schiff in einer Tiefe von ca. 3 Mtr. versteckt worden. Das Schiff hatte eine Länge von 35 Mtr. Die vier Ladungen enthielten: die erste 65 Pfund schwarzen Dynamits; die zweite 15 Pfund mit Beifügung von 9 Pfund Cellulosen-Dynamits; die dritte 29 Pfund schwarzen Dynamits und die vierte 7 Pfund Sprenggelatine und 12 Pfund Cellulosen-Dynamits. Die Explosion wurde durch mit Quellquäseln gefüllte Kammern bewirkt mittels eines elektrischen Stromes. Als die Explosion erfolgte, erhob sich eine dicke Wassersäule und gleichzeitig wurden Stücke vom Schiff, Steine und Sand emporgeschleudert. In einer Entfernung von 45 Mtr. sah man das Eis stark erzittern. Eine Untersuchung ergab, daß die erste Ladung wegen ungenügenden

königlichen Heirathsact funktionierte die Kirche die Ehe des Königs Georg IV. mit Mrs. Fisherbert und erklärte zu Ehren ihres Andenkens, daß sie allein rechtmäßige Gattin des Königs gewesen. Mit einem Wort, wenn die Ehe die wirkliche Ehe sein soll, darf sie einzig und allein durch die Kirche geheiligt und kann nur durch den Tod gelöst werden. Sie erinnern sich dessen, was ich Ihnen von Winterfield erzählt habe?"

"Ja, seine erste Trauung fand auf dem Standesamt statt."

"In einfachem Englisch, Romayne. Mr. Winterfield und die Kunstreiterin aus dem Circus sprachen einige vorgeschriebene Worte vor einem Laien in einer Amtsstube. Das ist nicht allein keine Trauung, sondern eine Lästerung des heiligen Ritus. Parlamentsakte, welche solche Handlungen befähigen, sind Acte des Unglaubens. Die Kirche erklärt sie dafür, zum Schutz der Religion."

"Ich verstehe Sie", versetzte Romayne. "Winterfield's Heirath in Brüssel —"

"Welche die englischen Gesetze", fiel ihm der Priester in die Rede, "für null und nichtig erklären, in Anbetracht jener Trauung auf dem Standesamt ist nichts weniger vor dem höheren Gesetz der Kirche gültig. Mr. Winterfield ist Miss Eyrecourt's Gatte so lange sie beide leben. Ein ordinariter Priester vollzog die heilige Handlung an einem geweihten Orte und auf diese Weise geschlossene protestantische Ehen werden auch von der katholischen Kirche für gültig anerkannt. Unter diesen Umständen war die Ceremonie, durch welche sie später mit Miss Eyrecourt verbunden wurden, obgleich weder Sie noch den Geistlichen, welcher die Trauung vollzog, ein Tadel treffen kann, weiter nichts wie ein Possenspiel. Brauche ich noch mehr zu sagen? — Soll ich Sie vielleicht für eine Weile allein lassen?"

"Nein! Ich weiß nicht, was mir einfallen könnte; ich weiß nicht, was ich zu Ihnen versucht wäre, wenn Sie mich mir selbst überlassen würden."

Vater Benwell zog einen Stuhl herbei und setzte sich neben Romayne.

"Es war meine schwere Pflicht, Sie zu betrüben und zu demütigen!" sagte er. "Tragen Sie mir es nicht nach." Er hielt ihm seine Hand hin.

Romayne nahm dieselbe fast mit einem Gefühl der Dankbarkeit.

"Glauben Sie, daß mein Rath Ihnen nützlich sein kann?" fragte Vater Benwell.

"Wer könnte einem Manne in meiner Lage ratthen?" entgegnete Romayne bitter.

"Ich kann Sie wenigstens bitten, sich Zeit zu ruhiger Überlegung zu gönnen."

"Zeit? Zeit gönnen? Sie sprechen, als sei meine Lage zu ertragen."

"Alles läßt sich ertragen, Romayne!"

"Das mag Ihnen vielleicht so erscheinen, Vater Benwell. Legten Sie Ihre menschlichen Gefühle ab, als Sie den schwarzen Rock des Priesters anzogen?"

"Ich legte jene menschlichen Schwachheiten ab, mein Sohn, welche die Frauen zu benutzen verleihen. Sie sprechen von Ihrer Lage. Ich will sie Ihnen vom schlimmsten Gesichtspunkte aus beleuchten."

"Zu welchem Zwecke?"

"Um Ihnen genau zu zeigen, welches eigentlich Ihre Lage ist. Von dem Standpunkte des englischen Gesetzes aus, ist Mrs. Romayne Ihre rechtmäßige Gattin. Aber nach den Grundzügen, welche von der religiösen Gemeinschaft, der auch Sie jetzt angehören, heilig gehalten werden, ist sie nicht Mrs. Romayne, sondern Mrs. Winterfield, die mit Ihnen in ehe-

Beschlusses, was ein Feuerwerken des Dynamits nach sich zog, nicht explodierte. Diese Mine wurde unter freiem Himmel auf dem Eis vernichtet.

* Man telegraphiert der "Fr. Bg.": Fortdauernd begt man Besuchungen wegen Unruhen unter den Fabrikarbeitern. Am Tage der Hinrichtung waren hiergegen scharfe Maßregeln getroffen worden.

Amerika.

Newyork, 14. April. Herr Andrew D. White, der seit Bayard Taylor's Tode die Vereinigten Staaten am Hofe des deutschen Kaisers vertritt, bat, wie man erst jetzt erfährt, schon vor Wochen sein Entlassungsgesuch eingereicht mit der Bitte, ihm sobald als es das öffentliche Interesse erlaubt, einen Nachfolger zu geben. Herr White war bekanntlich früher Präsident der Cornelluniversität und sieht sich als Gelehrter und Lehrer von Beruf wahrscheinlich in seinen früheren Wirkungskreis zurück, nachdem er ein paar Jahre lang die Ehren und Mühlen eines Diplomaten genossen hat; ein anderer Grund ist für seinen Schritt kaum aufzufinden, da er in Berlin mit großer Freimaurerfreude aufgenommen wurde und Präsident Garfield seinesfalls Anlaß genommen haben würde, ihn abzuberufen. Der Berliner Gesandtschaftsposten ist in den letzten Jahren gleichsam als Domäne der Gelehrtenwelt angesehen worden, man wollte damit dem "Wolfe der Denker" ein Compliment machen, daß man ihm Männer wie den Geschichtsschreiber Bancroft, den Literaturhistoriker und Dichter Bayard Taylor und zuletzt den Universitätsrector White als Vertreter der Ver. Staaten schickte. Das Compliment wurde gut aufgenommen und Präsident Garfield wird wohl, wie die "N. Hdztg." meint, in dieser Praxis nichts andern, sofern er einen geeigneten Mann findet, der geneigt ist, den Lehrtisch oder die Studiostube auf einige Jahre mit dem Gesandtschaftshotel zu vertauschen; es heißt, daß er sein Augenmerk auf den Rector (Präsidenten) des hiesigen Columbia College, Herrn Barnard, geworfen hat. Die Wahl wäre nicht schlecht und die Bekämpfung seitens des Senats würde sicher nicht verweigert werden, aber vorläufig hat ja der Senat noch gar keine Lust, sich mit ernsten Geschäften zu beschäftigen, und man weiß auch noch nicht, ob Herr Barnard die Nomination annehmen wird.

Washington, 19. April. Der vollständige politische Stillstand im Senate dauert noch fort, beide Parteien wollen nicht nachgeben und für den Augenblick ist keine Aussicht auf eine Lösung der Schwierigkeit. Zwischen den Parteien harren die Ernennungen des Präsidenten ihrer Bestätigung.

* In verschiedenen Theilen Perus, wo Anarchie herrscht, sind fürchterliche Ausschreitungen gegen Leben und Eigentum verübt worden. In dem fruchtbaren Thale Caheba erhoben sich die Cholas und Negro gegen die Chinezen, von denen ungefähr 2000 niedergemordet wurden. Auf einer Plantage allein wurden 600 Personen fahrläufig hingerichtet. Sämtliche Zuckerrohrfelder und Raffinerien wurden in Flammen übergegangen und Eigentum im Wert von einer Million Uhr. ward vernichtet. Fremdes Feindel eilt nach den Districten, wo das Plunderungs Werk noch im Gange ist, und man fürchtet, daß ähnliche Ausschreitungen in ganz Peru verübt werden dürften. Eine große Menge Frauen und Kinder hat Sicherheit an Bord von Schiffen gefunden, die gezeichnet werden, um die Flüchtlinge nach Callao zu befördern. Als ein Beispiel von dem Chaos, das in Folge des Krieges vorherrscht, wird erwähnt, daß ein General eine Million Soles von einem Holländer im Norden erpreiste und auch eine Zwangsanleihe in Toujillo aufgenommen hat. Als er hörte, daß eine Truppenabteilung unter dem Befehle des Obersten Martinez gegen ihn im Anmarsche sei, flüchtete er von Toujillo. Vorher bewaffnete er aber die Straße

brecherischer Gemeinschaft lebt. Wenn Sie Ihren Nebenritt bereuen — "

"Ich bereue ihn nicht, Vater Benwell."

"Wenn Sie auf das heilige Streben verzichten, welches Sie mir gegeben, so fehren Sie zu Ihrem häuslichen Leben zurück. Aber verlangen Sie nicht von uns, Sie als ein Glied unserer heiligen Gemeinde anzuerkennen, so lange Sie mit jener Frau Gemeinschaft pflegen."

Romayne schwieg. Der Sturm, welcher in seinem Innern gerötet, hatte sich gelegt, er war ruhig; Färblichkeit, Mitleid, frühere Zuneigung sprachen in seinem Herzen zu Gunsten Stella's. Des Priesters lähmende Sprache hatte das Ziel verfehlt, auf das er es abgesehen. Sie hatte in Romayne's Gedächtnis Stella's Bild aus den ersten Tagen, wo er sie gesehen, wieder zurückgerufen. Wie wohlbekannt hatte ihr Einfluß auf ihn gewirkt, wie innig und wahr hatte sie ihn gelehrt.

"Geben Sie mir Wein", sagte er. "Ich fühle mich schwach, mir schwindelt. Berichten Sie mich nicht, Vater Benwell, ich habe sie einst so sehr geliebt."

Der Priester schenkte ihm den Wein ein. "Ich fühle mit Ihnen", erwiderte er. "In der That, in der That, ich fühle mit Ihnen."

"Es war nicht ganz eine Lüge, es lag ein Korn von Wahrheit in diesem Ausdruck von Theilnahme. Vater Benwell war nicht ganz ohne Erbarmen. Sein weitaufender Verstand, seine verwogene Doppelgängigkeit führten ihn auf geradem Wege zu dem Ziele, das er sich gesetzt. Aber einmal dafselbe erreicht, und wir dürfen nicht vergessen, nicht zu seinem eigenen Nutzen, waren noch sanftere Regungen in seinem Herzen, welche oftmals sich auch den Weg bis zur Oberfläche bahnten. Ein Mann mit hohen geistlichen Gaben, mag er derselben auch unwürdig sein und sie missbrauchen, hat doch eine Gabe vom Himmel erhalten. Wollt ihr gänzliche Verdorbenheit sehen, so werdet ihr dieselbe nur bei einem Thoren finden."

"Auf einen Umstand muß ich Sie noch aufmerksam machen", fuhr Vater Benwell fort, "der vielleicht dazu beitragen mag, Sie in etwas zu erleichtern. Sie können in Ihrer jetzigen Gemüthsstimmung nicht nach der Retraite zurückkehren."

"Unmöglich."

"Ich habe hier im Hause ein Zimmer zu Ihrer Bereitsthaft setzen lassen. Hier, frei von jedem störenden Einfluß, können Sie sich einen Plan für Ihre zukünftige Laufbahn bilden. Wenn Sie möchten mit Ihrer Wohnung in Highgate in Verleih zu treten — "

"Sprechen Sie nicht davon."

Vater Benwell seufzte. "Ah, ich verstehe", sagte er traurig, "daß Haus erinnert Sie an Mrs. Winterfield's Besuch — "

Romayne unterbrach ihn wieder, diesmal aber nur durch eine Geste. Die Hand, welche das Zeichen gemacht, ballte sich krampfhaft, als er sie auf den vor ihm stehenden Tisch sinken ließ. Finster runzelte er die Stirn und heftete die Augen auf den Teppich. Bei dem Namen Winterfield's regten sich wieder in ihm die Erinnerungen und vergifteten jedes sanfteste Gefühl durch ihren verderblichen Einfluß. Wiederum wandte er sich mit Abscheu von dem Betrage, dessen Opfer er geworden. Wiederum erhoben sich in ihm jene entsetzlichen Zweifel an der Wahrheit der Behauptung, daß Stella sich schon an der Kirchenbüro von Winterfield getrennt habe, mit ihren folternden Dualen und flüsterten ihm zu: "Sie hat dich in einer Sache getäuscht, warum nicht auch in anderen?"

Linge, um Martinez Widerstand zu leisten, aber die Leute desertierten. Unter der Arbeiterbevölkerung von Lima herrscht die bitterste Armut und die Chilenen vertheilen Lebensmittel unter dieselbe.

Afrika.

* Aus Shanghai wird der plötzliche Tod einer der beiden regierenden Kaiserinnen gemeldet. Dieselbe ist unter dem Namen der "östlichen Kaiserin" bei den Europäern bekannt. Von der Erkrankung einer Kaiserin war übrigens schon früher die Rede.

Danzig, 23. April.

* Wird zwischen zwei Contrahenten vereinbart, daß die Geldeinführung eines aus dem Vertrage sich ergebenden Anspruchs des einen Contrahenten innerhalb einer bestimmten Frist zu erfolgen habe, widrigfalls der Anspruch erlischt; so steht nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts vom 12. März d. J. falls der Vertrag nichts Entgegengesetztes enthält, die Richterinhaltung der Frist den Verlust des Anspruchs nicht nach sich, wenn der Anspruchberechtigte bezüglich der Wahrung der Frist kein Verschulden zur Last fällt. Ist beispielsweise in dem Versicherungsvertrag eines Kaufmannes mit einer Versicherungsgesellschaft über die Verförderung seiner Waren und Geschäftsvorräte eine Klageschrift eingereicht, so wird die Post dem Versicherer die Klageschrift in Folge einer Verjährung nicht weiterleiten, sofern die Klageschrift nicht abgeschickt worden ist.

* Auf die diesjährige Reisepläne der Touristenwelt wird eine soeben zu öffentlicher Kenntnis gelangende Ueberleistung zwischen deutscher, dänischer und schwedischer Eisenbahn-Verwaltung nicht ohne Einfluß bleiben, nach welcher steht auch Rundreisebillets für Reisen von Deutschland durch Dänemark und Schweden-Norwegen auszugeben werden. Durch die daraus hervorgehenden Vortheile und Bequemlichkeiten dürfte in noch höherem Maße, als es bisher der Fall war, die Reisepläne der Touristenwelt erweitert werden. Es ist ja bekannt, daß die malerischen Reise der Gebirgszug Norwegens, seiner Fjorde und Wasserfälle jeden Vergleich mit denen der Schweiz bestreben können. Die Rundreise haben einen mäßigen Preis und eine zweimonatliche Dauer. Sie sind vom 1. Mai an in Berlin und Hamburg an den Stationen der Berlin-Hamburger und Altona-Kielner Eisenbahn zu haben. Die verschiedenen interessantesten landwirtschaftlichen Punkte und bedeutendsten Städte berührenden Touren geben den Reisenden u. a. Gelegenheit, sowohl den Trollhättan, den Niagara Schwedens, wie auch den schönen Mälaren, den der Volksmund poetisch das „Auge Schwedens“ nennt, zu bewundern.

* Einen Liebestand, der von vielen Seiten belagert wird, bildet die schon seit längerer Zeit recht mangelhafte Beleuchtung unseres Legebordbahnhofes. Von den wenigen Laternen, welche nach Eintritt der Dunkelheit angezündet werden, brennen die Wölfe noch so trübe

